



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Kaiser Karl V.

Werden und Schicksal einer Persönlichkeit und eines Weltreiches

Brandi, Karl

München, 1942

Vehandlungen mit den deutschen Ständen. Mission Hells 1537

[urn:nbn:de:hbz:466:1-71753](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-71753)

Auch zu Reichswätern wollte der Kaiser jetzt religiöse Naturen, nicht Politiker wie Loaysa, den er als solchen schätzte.

Daraus folgte, daß Karl den größten Teil seiner politischen Talente jetzt im Außendienst brauchte, in der sorgfältigen Überwachung und Behandlung fremder Höfe und Räte. Granvelle hatte sich zunächst als Diplomat bewährt; ihm vertraute der Kaiser, so ungern er ihn entbehrte, doch immer wieder kürzere oder längere Missionen von besonderer Bedeutung an. Seinen Schwägern Bonvalot und St. Mauris dagegen auf Jahre den wichtigsten Posten, Frankreich, wo er stets Burgunder verwandt hatte, de Praet, des Barres, Noircarmes, Hannart und später Marnol. In England brauchte er von Anfang an neben Burgundern, wie le Sauchy und Eustache Chapuys, auch Spanier, wie den Bischof von Badajoz, dann Sñigo und Diego Mendoza. Rein spanisch war stets die Vertretung an der Kurie durch Castilianer und Aragonesen, Juan Manuel, den Herzog von Sessa, Miguel Mai, Cifuentes und Aguilar; ebenso in Venedig und Genua, wo jetzt Diego Mendoza und Figueroa saßen. Die nordischen Angelegenheiten überließ er völlig den niederländischen Räten. Diese verwandte er, nach Verbrauch der Räte Maximilians, mit Vorliebe auch im Reich; die Vizkanzler Sebastian Merklin und später Geld waren als Oberdeutsche Ausnahmen; die beiden anderen, der Luxemburger Matthias Held aus Arlon und sein Landsmann Johann von Naves, auch der Niederrheiner Johann von Weeze (südlich Cleve), vorübergehend Erzbischof von Lund, und Cornelius Schepper, Herr von Eke, waren Kinder der niederländischen Kultur. Dahin gehörte auch Gerhard Veltwyk, ein getaufter Jude, sehr gewandt und von dem lebhaftesten theologischen Interesse des Konvertiten. Die nächsten Jahre sollten zeigen, wie wichtig oder verhängnisvoll alle diese Kräfte für den Kaiser waren.

Verhandlungen mit den deutschen Ständen. Mission Helds, 1537

Die Regierung von Deutschland war die merkwürdigste Mischung einer Statthaltertschaft Ferdinands, der seit seiner Wahl zum römischen Könige das Anrecht auf selbständige Führung gehabt hätte, und eines fortgesetzten Hineinredens des Kaisers durch ständige oder außerordentliche Gesandte. Nur die gütige und ergebene Natur Ferdinands konnte das ohne schwere Konflikte aushalten; seine Ablenkung, zumal durch die ungarischen Sorgen, wird es ihm erleichtert haben.

So bildet die ausgiebige, größtenteils noch ungedruckte Korrespondenz des Kaisers mit seinem Bruder durch alle diese Jahre für uns die vornehmste Quelle für das, was unter den Reichsachen dem Kaiser wirklich am Herzen lag. An der Spitze stand immer, besonders seit der württembergischen Überempelung von 1534, die Sorge vor der Einmischung Frankreichs in Deutschland, vor der Aufstachelung deutscher Stände gegen das kaiserliche Haus, vor der Gewinnung von Truppen aus diesem größten und ergiebigsten Rekrutierungsgebiet zum Kriege gegen den Kaiser. Sodann Ferdinands Kampf um Ungarn mit dem seit 1526 oft wiederholten Rat Karls, sich mit Johann Zápolya irgendwie, selbst unter Verlusten, zu vertragen, denn man wußte sehr gut, daß dieser dauernd mit Frankreich und Bayern und anderen Gegnern oder falschen Freunden des Hauses Habsburg in Beziehung stand. In demselben Zusammenhang will auch das ewige Drängen des Kaisers auf Verständigung mit Bayern begriffen sein; er mochte sehen oder ahnen, daß hier politische Gefahren und kirchliche Gemeinschaft gleichmäßig zu Vorsicht rieten. Von den dänischen Dingen ist eigentlich nur insofern die Rede, als den Habsburgern je länger je mehr an einer möglichst engen Verbindung mit dem kurpfälzischen Hause gelegen war, und Ferdinand den Auftrag erhielt, den Pfalzgrafen Friedrich durch seine Ehe mit Dorothee von Dänemark festzuhalten; für den Erwerb der Krone taten beide nichts. Endlich spielten an außenpolitischen Beziehungen noch die Wünsche Karls wegen der Regierung in Pfort eine gewisse Rolle, da er von hier aus die Freigrafenschaft Burgund sowohl gegen Truppen wie gegen Ketzereien schützen wollte.

Die innerdeutschen Angelegenheiten traten demgegenüber zurück. In der Beurteilung des Landgrafen von Hessen, der den Habsburgern so kühn das Land Württemberg weggenommen hatte, schwankten sie. Beide nahmen seine Diensterbietungen gern entgegen; doch mußten sie wissen, daß sie an die Voraussetzung gebunden waren, in Sachen der Religion den bisherigen Friedstand ungestört zu lassen. Kleinlicher und enger waren die Anliegen Kur Sachsens wegen seiner Stellung zu Ferdinands Königswahl und der Folgen, die des Kurfürsten Verhalten für seine Erben haben könnte; dazu die Erbverbrüderung mit dem verschwägerten Jülich-Cleve, die wegen Geldern die Niederlande anging und in die französische Bündniszone hineinragte.

Im übrigen galt um die Mitte der dreißiger Jahre als die große Frage im Reich die Auslegung des Nürnberger Religionsfriedens von 1532, der unter dem Druck der Türkengefahr zustande gekommen sich natürlich nur auf kirchliche Dinge beziehen sollte. Bei der unlöslichen Verquickung des Weltlichen und des Geistlichen hatte aber das Kammergericht viele Möglichkeiten der

Auslegung, und es bediente sich ihrer zumeist im altkirchlichen Sinn. Zur Zeit schwebten Prozesse gegen fünf Fürsten und vierzehn Städte; zwei hatten schon zur Verhängung der Reichsacht geführt. Außerdem war umstritten, ob neue Anhänger der Augsburgischen Konfession in den Genuß des Friedens träten; denn weitere Neuerungen waren ja in allen Reichstagsabschieden verboten worden. Und doch empfanden die Protestierenden diese Einbeziehung als selbstverständlich. Darüber hinaus war schon auf dem Augsburger Reichstag von 1530 deutlich von der Möglichkeit der Gewalt geredet worden; je mächtiger jeweils der Kaiser etwa 1535 und 1536 dastand oder rüstete, um so mehr geschäftige Zuträger, mißtrauische oder weisblickende Politiker gab es, die vom Kaiser für eine nahe oder ferne Zukunft das Schlimmste befürchteten. Sollte man nicht vorbeugen? Die kaiserlichen Zugeständnisse waren doch alle nur befristet bis zur Entscheidung eines allgemeinen Konzils. Konnte man sich nachgerade über eine solche Kirchenversammlung keinen Täuschungen mehr hingeben, so war ganz sicher die Durchführung ihrer Beschlüsse nur möglich mit Gewalt.

In diesen Stimmungen hatte sich der Schmalkaldische Bund weiter gestärkt. Im Dezember 1535 war er nicht bloß bis zum Februar 1537, sondern darüber hinaus auf zehn Jahre erstreckt worden; die Glieder nahmen zu unter den Fürsten wie unter den Städten; ebenso Verfassung und internationales Ansehen. Auf dem letzten Bundestag waren England und Frankreich durch Boten vertreten; König Christian III von Dänemark trat zum Bunde sogar in ein engeres Bündnisverhältnis, Oktober 1536 und April 1538. Man beleihtigte sich allerdings einer loyalen Haltung in Türkenachen und sonst; es ärgerte König Franz, aber beruhigte den Kaiser, daß man Verbindungen mit Frankreich gegen die Habsburger ausdrücklich ablehnte. Allgemein gewann man im Bunde doch an Selbstvertrauen, und die Reichsregierung so gut wie die übrigen Stände spürten das. Angesichts der Gerüchte über kriegerische Absichten des siegreichen Kaisers gegen die Protestanten wirkte es beruhigend, daß er dem Kurfürsten von Sachsen am 7. Juli 1536 aus Savigliano südlich Turin ausdrücklich versicherte, nicht mit Gewalt vorgehen zu wollen. Bald danach ließen die Schmalkaldischen dem Kaiser durch eine förmliche Gesandtschaft unter dem Grafen von Pappenheim ihre Beschwerden vortragen über Kammergerichtsprozesse und anderes; er gab ihnen in Nizza eine hinhaltende Antwort und vertröstete sie auf eine besondere Botschaft.

Die übrigen Stände des Reichs bildeten nichts weniger als eine altkirchliche Einheit. Einige Anhänger der Augsburgischen Konfession waren nicht Bundesmitglieder, hielten sich aber politisch gleich. Viele waren unentschieden; die

Bischöfe fast durchweg verängstigt; sie fürchteten die katholischen Landesfürsten nicht weniger als die protestantischen; Trier wies einmal darauf hin, daß auch der Kaiser Utrecht säkularisiert habe. Die altkirchlichen Laienfürsten aber schienen aufgespalten in Kaisertreue und Gegner der Habsburger. Die ersteren waren natürlich die Schwächeren; als ihre Häupter durften Herzog Heinrich der Jüngere von Braunschweig-Wolfenbüttel und Herzog Georg von Sachsen betrachtet werden. Dagegen war die Seele fürstlicher Opposition noch immer Bayern. Da nun aber dasselbe Bayern zugleich am entschiedensten den altkirchlichen Standpunkt vertrat, so überschnitten sich hier die politischen Systeme in einer oft sehr peinlichen Weise. Der Geschichtsschreiber Bayerns muß für den Winter 1534/35 bekennen, „daß die Falschheit und Doppelzüngigkeit dieser Politik nicht leicht übertroffen werden konnte“. Diese Charakteristik dürfte man noch auf die nächstfolgenden Jahre mit erstrecken. Der Haß der bayerischen Brüder gegen Ulrich von Württemberg, andererseits die Überzeugung, daß sein Freund Philipp von Hessen der tatkräftigste Vorkämpfer einer Fürstenpolitik war, der Ärger über Ferdinands Königswahl in Böhmen und im Reich, und doch wieder das Bedürfnis konfessioneller und nachbarlicher Anlehnung, die Verbindungen mit den Gegnern des Habsburger im Auslande, die man gern als ganz harmlos hinstellte, die Eier nach dem Erwerb von Mailand durch Verbindung Herzog Ludwigs mit der Herzogin-Witwe Christine und die kränkende Behandlung, die der Kaiser dem plötzlich so kriegseifrig gewordenen Herzoge während des provenzalischen Feldzuges angedeihen ließ — das alles, zusammen mit natürlichen Schwankungen in der Politik der jeweils verbündeten Fürsten, wirkte zersetzend und lähmend auf diese bayrische Politik, die vergebens nach einer großen Linie suchte.

Trotz aller Beziehungen aber zu den Schmalkaldischen Fürsten und insbesondere zu Hessen war gerade die noch immer wesentlich von dem robusten Leonhard von Eck geleitete Politik der bayrischen Herzöge diejenige, die am leidenschaftlichsten die Anwendung der Gewalt gegen die Protestanten forderte und stets bereit war, dem Kaiser ins Gesicht seine sträfliche Schwäche vorzuwerfen. Hinter Herzog Wilhelm blieb sein Bruder Ludwig nicht zurück; hinter Eck nicht der mehr geschmeidige Weisensfelder. Im Februar 1536 weilte er am kaiserlichen Hof in dynastischen Anliegen; er trug kein Bedenken, vorzuschlagen, daß man eines Tages unter dem Vorwande von Rüstungen in Oberitalien den Protestantenkrieg beginnen solle. Wie weit jeweils der Wunsch dabei mitwirkte, den Habsburgern Ungelegenheiten zu bereiten, mag dahingestellt bleiben; das Verlangen war an sich echt.

Während der Kaiser sich in Augsburg 1530 die größte Mühe gegeben hatte, eine theologische Verständigung herbeizuführen, politisch aber schon seit 1526 die Geneigtheit zu Friedständen erkennen ließ, ging — wie wir betonen müssen — die Schärfe des konfessionellen Gegensatzes und das Drängen auf die Entscheidung der Waffen in erster Linie von den deutschen Fürsten selbst aus.

Der Gegensatz zwischen ihnen sollte nun allerdings durch einen Rat des Kaisers, nachweislich gegen dessen Willen, eine erhebliche Verschärfung erfahren. Der Kaiser sandte nach der Rückkehr aus der Provence Ende Oktober 1536 entsprechend seiner vorläufigen Antwort von Nizza den Reichsvizekanzler Matthias Held zu mündlichem Bescheid nach Deutschland. Dieser frühere Rat am Reichskammergericht war nicht nur starr altkirchlich gesinnt und juristisch unbiegsam, sondern zugleich ein Mann von starkem Geltungsbedürfnis, wie das bei Leuten seiner unscheinbaren Figur nicht selten beobachtet wird. Seine nach Anweisung des Kaisers wohl von ihm selbst aufgesetzte Instruktion enthielt eine nähere Deklaration des Nürnberger Religionsfriedens; auch eine Werbung wegen Unterhalt des Kammergerichts; vor allem die Forderung des Konzilsbesuches und der Türkenhilfe; nicht zuletzt die möglichste Fernhaltung der Fürsten von Frankreich. In der von ihm vorgezeigten Vollmacht war sein Auftrag so gefaßt, daß der Erzbischof von Lund Zweifel an der Echtheit äußerte.

Das weitaus wichtigste unter seinen Papieren war jedoch die als geheim bezeichnete französische Nebeninstruktion, die wirklich auf den Kaiser zurückgeht und besser als irgend etwas dessen damalige Erwägungen in der Kirchensache erkennen läßt. Sie sind ganz überraschend. Ihre sehr kühnen Folgerungen sollte der Vizekanzler zunächst mit König Ferdinand und seinem ersten Rat, dem Kardinal von Trient, geheim und sorgfältig besprechen; unzweifelhaft aber sollten sie auch ihm persönlich die Richtung geben für sein Verhalten.

Man sehe noch nicht klar, sagte der Kaiser, ob der König von Frankreich Frieden wolle und sein Angebot wegen Mailand annehme oder weiteren Krieg, und was in diesem Falle der Papst und Venedig tun würden. Deshalb wäre sehr wichtig, etwas über die entsprechende Neigung der deutschen Kurfürsten und Fürsten zu erfahren. Denn Deutschland sei weder im Glauben noch in dem Gehorsam gegen den Kaiser einig, was wiederum Frankreich so kriegslustig mache und so hartnäckig gegen das Konzil. Festzustellen also, was geschehen solle, wenn der Papst auf Anstiften des Königs oder aus Angst vor dem Abfall Frankreichs unter dem Vorwand des französischen Krieges sich vom Konzil zurückzöge, zumal der Papst, statt sich gegen die ihm bekannten böswilligen

Handlungen des Königs zu wenden, darauf bestehe, neutral zu bleiben, und behauptete, er müsse zwischen sie als Vater treten. Er, der Kaiser, wolle gewiß nichts tun gegen den apostolischen Stuhl und die Grundlehren der Kirche. Allein, wenn der Papst in dieser Zurückhaltung verharre, so müsse er seinerseits ganz ernstlich überlegen, was geschehen könne, weiterer Verwirrung in Deutschland zu steuern, insbesondere den Gefahren für seine kaiserliche Stellung und für die Abwehr der von Frankreich aufgeheßten Türken.

Die erste Frage wäre also, fuhr er fort, ob man das schon angesagte und etwa von Deutschland bewilligte Konzil auch ohne Papst und ohne Frankreich abhalten könne, da es ja von Portugal, den italienischen Staaten und wohl auch von Polen beschickt werden würde, auf England ohnehin nicht zu rechnen sei. Oder aber — wenn man das Konzil nicht, gestützt auf ganz Deutschland oder doch den größeren Teil desselben, begehren könne —, ob es nicht Mittel und Wege gäbe, die vom Glauben Abgewichenen für immer wenigstens gegen Gewalt zu sichern — falls sie sich mit den übrigen Ständen im Rahmen eines allgemeinen Landfriedens hielten —, also durch Verlängerung des Nürnberger Friedens? Oder, ob man auf einer Nationalversammlung in Deutschland beschließen dürfe, in Punkten, die nicht zu den Grundlehren des Glaubens gehörten, entgegenzukommen? Oder endlich, ob man sich unter Verzicht auf Regelung der Glaubenssache darauf beschränken solle, nur die kaiserliche und königliche Autorität zu sichern und es Gott anheimzustellen, das zu seinem Dienste nötige Mittel zu verleihen? Denn Gott wisse ja, wie sehr sein Bruder und er sich um diese Dinge sorgten und mühten.

Mit diesem Ausblick verläßt die Instruktion den großen Stil, um in erster Linie Ferdinand gegenüber auf die Tagesfragen zurückzukommen. Da der König von Frankreich offenbar weder auf Gott noch auf Ehre halte, für sie aber das Letzte auf dem Spiele stehe, so müsse alles zurücktreten, auch Ungarn. Die ungeheuren Anforderungen seiner Reiche zwängen ihn, zunächst nach Spanien zu eilen. König Ferdinand möge ja sein Aufmerken haben auf seine Räte, über die man rede; aber auch des Kaisers Zurückhaltung in der Ratifikation des Wiener Vertrags mit dem Kurfürsten von Sachsen verstehen und sich klar machen, daß es zur Zeit unmöglich sei, Dänemark für den Pfalzgrafen zu gewinnen; deshalb auch hier ein Abkommen anzustreben.

Was war der Sinn dieser vielbesprochenen und gewiß in allen Punkten sehr delikaten Instruktion? Offenbar doch eine starke Friedwilligkeit und in diesem Sinne der Auftrag, nicht nur in Wien oder Prag, sondern gerade auch bei den protestantischen Fürsten Fühlung zu suchen, ihre Meinungen und Möglichkeiten

abzutasten und die kaiserliche Politik durch ein sorgfältig verschleiertes Handeln und dann durch einen alle Momente beachtenden Bericht zu unterstützen.

Was aber tat Held? Er reiste im Winter 1536/37 zwar zu König Ferdinand, verhandelte jetzt und später mit ihm und Lund, besuchte dann auch die protestantischen Höfe, hatte freilich schon dabei das Unglück, von den einzelnen Fürsten auf den Bundestag zu Schmalkalden verwiesen zu werden, wo ihm die Möglichkeit erschwert war, persönlich zu wirken und die Stimmungen der einzelnen abzufühlen. Aber er scheint sich auch gar nicht darum bemüht zu haben. Da außerdem der Inhalt seiner deutschen Instruktion in der Hauptsache eine begründete Ablehnung der Beschwerden gegen das Kammergericht war (man dürfe dem von den Ständen selbst bestellten Gericht nicht dreinreden), und daneben die Werbung gegen Frankreich und für das soeben von den Schmalkaldischen in ihren Beratungen abgelehnte Konzil, er auch beides trocken und barsch vortrug, so entfesselte er in der geschlossenen Versammlung der Gegner zu Schmalkalden am 15. Februar 1537 einen Sturm der Entrüstung.

In einem Bericht an den Kaiser aber vom Herbst dieses Jahres, den wir neuerdings auch besitzen, fehlt das ihm nahegelegte Eingehen auf die inneren Möglichkeiten in Deutschland gänzlich. Er schilderte nur allgemein und in den düstersten Farben die Bosheit der Lutheraner, ihre Förderung Frankreichs durch Knechte und Kriegsmaterial, Verbreitung französischer Flugschriften und Unterdrückung eines dem Kaiser günstigen Nachrichtendienstes. „Türken, Franzosen, Boiwode und Lutheraner sind von der gleichen Ehre und dem gleichen guten Willen gegen den Kaiser“, höhnte er. Vor dieses grelle und doch unscharfe Bild stellte er dann prahlerisch und leichtsinnig sein untrügliches Heilmittel, die Gründung des von ihm erdachten und, wie er sich rühmte, bis in die einzelnen Artikel redigierten katholischen Bundes. Gott habe den Plan so gefördert, daß man keine Schwierigkeiten mehr sehe. „Ohne diesen Bund geht alles zugrunde, da die Abgewichenen fest entschlossen sind, die Katholischen hinterrücks zu überfallen, wie in Württemberg.“ Sie seien nur noch nicht genügend gerüstet; aber im nächsten Frühjahr gehe es sicher los. Auf den Papst sei kein Verlaß. „Wenn erst der Bund vollendet ist, wird es mit allen Unruhen und französischen Praktiken in Deutschland zu Ende sein.“ Daß die Lutheraner sich durch das Ausschreiben eines Reichstages irgend im Zaume halten ließen, nehme zwar der Kaiser an; das Gegenteil aber sei wahr. Ein Reichstag ohne Erledigung der Religionsache habe keinen Sinn; erst nach Gründung der Liga könne man ihn ohne Besorgnisse abhalten.

Man weiß nicht, ob man mehr staunen soll über die diplomatischen Mängel des Vizekanzlers oder über seine plumpen und selbstgefälligen Übertreibungen, die das Ihrige dazu beigetragen haben werden, ihn seinen Kollegen Granvelle, Lund und Navas auf die Dauer unerträglich zu machen. Der Gedanke des Schußbundes lebte schon in dem vor ein paar Jahren gegründeten, aber ganz unwirksam gebliebenen kaiserlichen neunjährigen Bunde, und an den Artikeln der Verfassung des neuen Bundes, die sich an diejenigen des Schmalkaldischen Bundes anlehnten, haben sichtlich auch andere mitgearbeitet. Das Entscheidende bleibt, daß Held in der Richtung seiner eigentlichen Instruktion — also im Sinne der kaiserlichen Politik, die er nicht begriff oder nicht begreifen wollte — nichts tat und nichts erreichte.

Mit der Mission Helds wurde angesichts der schon vorher festgelegten Haltung der Schmalkaldischen einstweilen auch der Konzilsplan für Deutschland zu Grabe getragen. Es verlohnt sich, darauf zurückzublicken. Mit der Forderung eines allgemeinen Konzils stand die kaiserliche Politik seit den Tagen Gattinaras in einer Front mit altkirchlichen und lutherischen Ständen. Die ablehnende Haltung Clemens' VII hatte nur dazu gedient, die Konzilsfreunde einander zu nähern, und diese stille Bundesgenossenschaft war lange ein nicht zu unterschätzendes Ferment des Friedens in Deutschland. Ausdrückliche Friedenssicherungen aber wollte der Kaiser schon 1526 wegen der Kriegshilfe in Italien geben; wegen der Türkenhilfe bewilligte er 1532 geradezu den Nürnberger Religionsfrieden. Je mehr der Papst dem Konzil abgeneigt blieb, dafür aber unbestimmte Zugeständnisse gut hieß, um so sicherer fühlte sich der Kaiser in dieser Politik; sein Konzilsbegehren war also für ihn zugleich eine innere Entlastung. Deshalb bedeutete umgekehrt die ostensiblen Konzilsbereitschaft Pauls III für die deutschen Verhältnisse eine merkliche Erschwerung. Wie ein Konzil zusammengesetzt sein werde, wo es abzuhalten, wer es leite, welche Gelegenheiten man den Protestanten dort bieten würde, alles das war gegenstandslos, so lange ein Papst das Konzil nicht wollte. Es trat aber drohend in das Bewußtsein der Beteiligten, sobald förmliche Einladungen seine Verwirklichung näher rückten.

Der erste Nuntius Pauls III in Konzilsachen, Pietro Paolo Bergerio, der später als protestantischer Theologe in Württemberg enden sollte, erhielt von den Schmalkaldischen gegen Weihnachten 1535 den Bescheid, daß sie von jeher ein allgemeines christliches und freies Konzil begehrt hätten, wie es der Zeit so bitter not tue; gegen das ihnen vorgeschlagene Mantua verlangten sie ein Konzil auf deutschem Boden; endlich und vor allem sei der Papst Partei

und könne nicht Richter und Leiter sein. Nachdem gleichwohl durch die Bulle vom 2. Juni 1536 das Konzil in aller Form ausgeschrieben war, ergingen neue Einladungen und die Sondergesandtschaft des Auditors der Rota Peter Vorst an die deutschen Fürsten. Wir können ihn auf seiner Reise verfolgen, von Wien, wo er sich aufs beste empfangen fühlte, durch Franken über Nürnberg, Bamberg, Würzburg und weiter nach Schmalkalden. Hier war Held schon eingetroffen, hatte auch auftragsgemäß für das Konzil geworben, aber am 24. Februar einen verlegend ablehnenden Bescheid davongetragen. Die Schmalkaldischen wiesen das von Paul III ausgeschriebene Konzil zurück, da es den Reichstagsabschieden nicht entspreche, in denen von einem freien christlichen Konzil auf deutschem Boden die Rede sei, Paul III überdies gleich seinen Vorgängern ihre Lehre schon vorweg verurteilt habe und noch in der Berufungsbulle ausdrücklich von der „Pest der lutherischen Häresie“ spreche; er sei Partei und könne nicht Richter sein.

Held hatte repliziert; der Bund in einem ebenso ausführlichen Schriftsatz erneut geantwortet. Als der päpstliche Nuntius erschien, wollte man mit ihm überhaupt nicht verhandeln, übergab ihm vielmehr nur die Antwort an Held und legte sogar die von ihm mitgebrachten päpstlichen Breven mit betonter Abweisung wieder bei. Es fruchtete auch nichts, daß Held und Vorstius im März noch den Tag der erbverwandten Häuser von Brandenburg, Sachsen und Hessen in Zeiß besuchten, auf dem auch Heinrich der Jüngere von Braunschweig erschien. Nur daß hier, unter dem Eindruck ihrer doppelt unfreundlichen Abweisung, der Vizekanzler und nach dem eigenen Bericht vom 23. März auch der Nuntius wenigstens mit den katholischen Teilnehmern der Tagung in nähere Fühlung traten.

Die Sache des Konzils schien hoffnungslos. Gestützt auf Deutschland, wollte der Kaiser nach seiner Geheiminstruktion für Held das Konzil nötigenfalls selbst in die Hand nehmen. Aber gegen den offenen Protest der Schmalkaldischen — das wäre sinnlos gewesen. Kaiser und Papst zogen in der Tat alsbald ihre Folgerungen. Die erste Prorogation des Konzils vom 20. April 1537 berief sich noch auf die Schwierigkeiten, die der Herzog von Mantua gemacht hatte. Aber die zweite Hinausschiebung des Termins, am 8. Oktober, begründete sich schon mit der allgemeinen politischen Lage, der Türkengefahr und der Zurückhaltung der christlichen Fürsten; sie erfolgte auf ein Jahr, nicht mehr nach Mantua, sondern mit Zustimmung Venedigs nach Vicenza. Indessen, obwohl im Sommer 1538 die Friedenssonne wieder über Europa schien, prorogierte der Papst am 28. Juni in Genua das Konzil zum dritten Male auf ein Jahr. Dieses Mal aus ganz anderen Gründen.

Noch mußte der Kaiser nichts Näheres von dem katholischen Bund des Bizekanzlers Held. Wohl aber hatte er soeben, am 23. Juni, in Genua, wohin er von Nizza aus den Papst zunächst begleitet hatte, von König Ferdinand die ersten Mittheilungen erhalten über die von dem Kurfürsten Joachim II von Brandenburg angesponnene Vermittlung in der Religionsache, die seinen eigenen Bestrebungen so sehr entgegenkam. Papst und Kaiser konnten angesichts solcher Möglichkeiten auf das zur Zeit wirklich aussichtslos gewordene Konzil verzichten und sich ganz der für ihre Länder im Augenblicke sehr viel brennenderen Türkenfrage zuwenden.

Inzwischen war der katholische Bund, den Ferdinand durch eine schlecht besuchte Besprechung in Speyer im März 1538 vorbereitet hatte, nach vielen unfruchtbaren Verhandlungen am 10. Juni (also ungefähr in den Tagen des Waffenstillstandes von Nizza) zu Nürnberg wirklich gegründet worden. Die Tatsache, daß kein Kurfürst als solcher dabei war, auch kein Bischof, außer den beiden Erzbischöfen von Salzburg und Magdeburg, genügt zur Charakteristik der ganz unrichtigen Einschätzung der deutschen Verhältnisse durch den Bizekanzler. Unter den übereifrigen Trägern des Bundes, den Herzögen von Braunschweig, Bayern und Sachsen, bestand nicht einmal völlige Übereinstimmung über seine letzten Ziele; infolge der uneinheitlichen Politik Bayerns blieb er innerlich vollends kraftlos. Auch der Papst versagte auf Rat seines Nuntius Morone einstweilen seine Beihilfe. In Deutschland war gleichwohl der Eindruck anfangs groß.

Der Kaiser, der den Berichten Helds zunächst ja trauen mußte, zumal sie von Ferdinand gestützt wurden, brachte dem Bund anfangs ein begreifliches Interesse entgegen, wenn er auch weit davon entfernt war, sich durch die Eigenmächtigkeiten des Bizekanzlers seine Politik vorschreiben zu lassen. Er hatte dem Bruder schon am 31. Mai ans Herz gelegt, sich durch die ihm von Held gemeldeten „Unverschämtheiten“ der Gegner nicht von der früher empfohlenen Linie der Vermittlung ablenken zu lassen, damit wenigstens nichts Schlimmeres geschehe, vielmehr unter allen Umständen vermieden werde, daß die Schmalkaldischen zur Gewalt griffen. Entgegenkommen also, soweit es mit Gewissen und Ehre vereinbar sei, auch in der Frage der Kirchengüter. Man könne den Schmalkaldischen sogar von einem Reichstage sprechen und diesen später hinauschieben. Nur, wiederholte der Kaiser, dürfe es nicht zum Kriege kommen, da er durch Frankreich und die Türken behindert sei. So versteht man es durchaus, daß er in dem Bunde zwar die früher vermischte entschlossene Haltung der altkirchlichen Fürsten beachtete, sich aber scheute, durch offene För-

derung eines Kampfbundes die Schmalkaldischen ohne Not weiter zu reizen. Er ließ die Dinge gewähren, hielt aber vollends zurück angesichts der dürftigen Beteiligung. Er wartete lange mit der Zustimmung, noch länger mit dem Beitritt. Es war ja auch, wie wir wissen, gar nicht seine eigene Politik, die hier getrieben wurde, sondern zeitweilig ein Mißbrauch seines Namens; nur wird er sich, nach seinem Verhalten zu schließen, nicht verhehlt haben, daß ihm hier ein politisches Mittel angeboten wurde, das zu seiner Zeit verwertet werden konnte. Undessen, war es wirklich ein Gewinn, daß der Bund von Anfang an drohend auf der Gegenseite lastete? Von den durch Held prophezeiten großartigen Wirkungen des Bundes ist jedenfalls nichts eingetreten. Wohl aber mit der neuen Bedrohung eine neue Stärkung des Schmalkaldischen Bundes.

Natürlich warben die Bundeshauptleute Heinrich von Braunschweig und Ludwig von Bayern weiter beim Kaiser für ihr Werk, und sein geistiger Vater Held unterstützte oder bestellte gar diese Bemühungen schon im eigensten Interesse. Leonhard von Eck hatte immer noch die Stirn zu behaupten, der katholische Bund sei „gegen seinen Willen“ gegründet worden. Das Gegenstück war die naive Mitteilung der Hessen an Bayern, daß sie dächten, den Herzog von Braunschweig zu überfallen. Die bayerischen Beziehungen blieben auch 1539 und länger nach beiden Seiten hin gewahrt, ein sonderbares Moment der Unruhe.

Abenteuerliche Pläne in Deutschland, England und gegen die Türken. Frankfurter Anstand

Während jener unheimlichen europäischen Windstille und nicht ganz ohne Anteil der Erregungen, die Helds Auftreten verursachte, hatte sich in der ersten Hälfte des Jahres 1538 wieder eine höchst bemerkenswerte Umgruppierung der Mächte vollzogen.

In den Kreisen der Schmalkaldischen herrschten so wenig einheitliche Stimmungen, wie in dem katholischen Bund. Trugen sie alle noch Bedenken, bei Bündnisverhandlungen auf die „Ausnehmung“ von Kaiser und Reich zu verzichten, so steigerte sich besonders bei den Städten die Abneigung gegen das Zusammengehen mit Frankreich, je mehr man sich von dessen Verbrüderung mit den Türken überzeugte. Der Rat von Ulm etwa lehnte es im Februar 1538 gegenüber den Straßburgern sehr deutlich ab, „sich mit diesem Könige einzulassen, der seine Untertanen um der göttlichen Lehre willen gemartert, ge-